

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Läden erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen  
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen

Bezugspreis monatlich (mit Haus 2 RM, (Halbmonatlich 1 RM), durch die Post bezogen monatlich 2 RM, (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H., Dresden-11 / Geschäftsstelle u. Expedition: Mühlentorstraße 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690. Dresdner Verlagsgesellschaft  
Schriftleitung: Dresden-11, Mühlentorstraße 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

Anzeigenpreis: Die neunmal gebaltene Nonpareilzeile oder deren Raum 0,30 RM, für Familienanzeigen 0,20 RM, für die Reklameweile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeitschrift 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-11, Mühlentorstraße 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

3. Jahrgang

Dresden, Sonnabend, den 10. Dezember 1927

Nummer 287

## Geschlagt die Trustmagnaten!

Organisiert den Gegenangriff / Schafft das Kampfbündnis der Arbeiter in allen lebenswichtigen Betrieben / Verschärft den Kampf gegen die Bürgerblockregierung

### Antwortet durch Kampf!

Die abgefartete Schlichtertomödie im Gange

Berlin, 10. Dez. (Eig. Drahtbericht.)

Heute begannen in Düsseldorf die Schlichtungsverhandlungen über den Achtstundentag in der Schwerindustrie. Die Bürgerblockregierung hat alle Maßnahmen zur Erfüllung der Wünsche der Eisen- und Stahlwerke getroffen. Folgende Meldung ist charakteristisch für den Geist der Lage: „Die Reichsregierung ist beschäftigt am Freitag erneut mit dem Konflikt in der Eisenindustrie. Es ist anzunehmen, daß die Regierung nach Beendigung der jetzt beginnenden Schlichtungsverhandlungen über die Lohnfragen in die Frage der Einführung des Dreischichtensystems gleichzeitig eingreift und sich möglicherweise dahin entscheiden wird, die Inkraftsetzung der Verordnung bei denjenigen Betrieben, wo die wirtschaftliche Lage es erfordert, hinauszuschieben.“ Am Vormittag erschienen die Vertreter der Schwerindustrie nochmals bei der Bürgerblockregierung, um den Feldzug gegen den Achtstundentag und gegen die notwendige Lohn-erhöhung mit ihrer Regierung bis ins einzelne durchzusprechen. Im Anschluß daran fand eine Aussprache zwischen der Regierung und den Gewerkschaftsvertretern statt, in der das Bürgerblockkabinett dem Sinne nach folgende Phrasen vom Stapel ließ: „Die Regierung betrachtet es als ihre erste Pflicht, bei der Schwere und Bedeutung der Entscheidung in engster Fühlungnahme mit beiden Parteien die Streitfrage nochmals genauestens zu prüfen.“

Die Scharfmacher sehen planmäßig ihre Kampfvorbereitungen fort. Bei dem Regierungspräsidenten sind schon über 200 Stilllegungsanträge eingelaufen, darunter befinden sich kleinere Betriebe der weiterverarbeitenden Industrie. Für den 12. Dezember sind die Verkaufsverbände der Eisenindustrie zu einer Besprechung zusammenberufen, um die Einstellung des Verkaufs, d. h. die Materialsperrung als Druckmittel gegen die Fertigindustrie zu beschließen, damit auch diese sich dem Kampf gegen die Arbeiter geschlossen anschließt. Bei Krupp und anderen Werken werden den Arbeitern Kasserolle zur Unterschrift vorgelegt, nach denen sich die Arbeiter verpflichten müssen, auch nach dem 1. Januar zu den alten Bedingungen weiterzuarbeiten. Bei Ablehnung der Unterschrift wird die Kündigung ausgesprochen.

Das heutige Berliner Tageblatt meldet aus parlamentarischen Kreisen: „Gestern wurde von deutschnationaler Seite an die Regierungsmitglieder die Anregung gegeben, den Reichspräsidenten zu bewegen, auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung das Inkrafttreten der Dreischichtensverordnung um ein Jahr, also bis zum 1. Januar 1929, hinauszuschieben und lediglich den Reichsarbeitsminister zu ermächtigen, in Ausnahmefällen von dieser Verordnung Gebrauch zu machen.“ Bei den gestrigen Stilllegungsverhandlungen für die weisfällischen Drahtwerke in Hamm gaben die Gewerkschaftsführer folgende Erklärung ab: „Wir sehen in dem Stilllegungsantrag ein Druckmittel auf die Regierung, um ihre Entscheidung in der Arbeitszeitverordnung zu beeinflussen. Bis zur Erledigung des Schlichtungsverfahrens, an dem wir beteiligt sind, können wir keine weitere Erklärung abgeben.“ Daraus ist verstanden, daß die Demobilisierungskommission diese Verhandlungen für die weisfällische Drahtindustrie und für die weisfällische Union.

Der heutige Morgen-Vorwärts bauscht diese nebensächlichen Vorgänge, die nur von der Sicherheit der Unternehmer zeugt, auf der ersten Seite mit der dreispaltigen Ueberschrift: „Stilllegungsverhandlungen abgefragt“ in bewußt irreführender Weise auf, verschweigt aber die von uns gemeldeten Kampfmaßnahmen der Scharfmacher und ihrer Bürgerblockregierung und appelliert weinerlich in folgender Weise an die berühmte „Vernunft der Unternehmer“: „Aus ihren Studienteilen in den Vereinigten Staaten mühten die Großindustriellen so viel gelernt haben, daß das Dreischichtensystem nicht nur einen sozialen Fortschritt gegenüber dem Zweischichtensystem darstellt, sondern in Wirtschaftlichkeit rentabler und profitabler ist. Ihr alter Haß gegen die Sozialpolitik, in den sich die Schwerindustriellen wieder seit Jahr und Tag verhasen haben, macht sie blind.“ Dann beginnt der Vorwärts programmäßig mit einer niederträchtigen kommunistischen und behauptet, wer vor dem Schlichtungsschwindel warnt und die Arbeiterschaft zur Erklärung des Streiks auffordert, der fällt

den Gewerkschaften in den Rücken und erschwert den Kampf. Die Ueberschrift dazu ist: „Die Moskowiter wittern Morgenluft“. Dann folgen von einem anonymen Verfasser spaltenlange Schwindeleien über angebliche „Sozialistenverfolgungen in Sowjetrußland“.

Die Meldung, daß die Bürgerblockregierung gestern eingehende Besprechungen mit den rheinischen Schwerindustriellen gepflogen und zu erkennen gegeben hat, daß sie bereit ist, ihre eigene Verordnung über die Einführung des Dreischichtensystems auszuheben, läßt die Lage. Sie illustriert zugleich die auf Verwirrung und zur Täuschung der Arbeiter angelegte Stellungnahme der Dresdner Volkszeitung, die den Arbeitern weismachen will, daß „in diesem Kampfe die Staatsautorität gegen die Unternehmer“ stehe. Jetzt gibt die Bürgerblockregierung erneut einen Beweis dafür, daß der heutige Staat nur der ausführende Ausschuh der wirklichen Machthaber, der Kapitalisten, ist und keinen Augenblick zögert, auch bei dem drohenden Riesenkampf mit Hilfe des Bürgerblockrichters offen auf die Seite der Schwerindustrie zu treten. Die SPD- und Gewerkschaftsführer aber lehnen es noch immer ab, dem Zusammenwirken der Bürgerblockregierung und der Stahltrustkönige die einheitlich geschlossene Kampffront entgegenzusetzen. Mit der Parole: „Enteignet die Trustkönige“ vollführt man ein scheinradikales Manöver, ohne auch nur mit einem Wort zu sagen, wie denn nun die Enteignung der Trustmagnaten erreicht werden kann. Es ist ganz klar, und das bestätigt die praktische Politik der radikal drapierten Theoretiker des reformistischen Arbeitervereins, die den Arbeiter auf den Schlichtungsausschuh, den Bürgerblockrichter, vertrauen, daß sie nicht daran denken, diese Forderung der Enteignung der Machthaber in der Schlüsselindustrie in Angriff zu nehmen. Die radikale Seite wird von ihnen bei diesem gewaltigen Kampf der Arbeiter um ihre Lebensbedingungen zu einer billigen Wahlparole degradiert. Wahlkörper für die nächste parlamentarische Stimmzetteltomödie — nichts weiter, das ist der Charakter des scheinradikalen Manövers.

### Klassenkampf oder Arbeitervertwörung

L. R. R. Die Charakteristik, die der Essener Parteitag der KPD den sächsischen, oder besser allen sogenannten linken Führern der SPD gab, bestätigt sich immer mehr.

Gerade die sächsischen „Linken“ sind ein Musterbeispiel dafür, daß diese „Linken“ innerhalb der SPD den Hauptfeind der Arbeiterschaft bilden. Seit dem Rieker Parteitag der SPD ist es immer weniger angebracht, von „linken“ Führern zu reden. Gewiß haben die sächsischen Sozialdemokraten noch eine terminologische Abgrenzung vom Parteivorstand, die Unterscheidung

Der Schlichter des Stahltrusts



Oberlandesgerichtsrat Dr. Jostke

in der Redeführung basiert eben auf der Tatsache der immer noch radikaleren Einstellung der sächsischen Arbeiter.

Man muß aber die Tatsachen der praktischen Haltung der „Linken“ unterfragen, um festzustellen, wie weit sie sich der Politik des Parteivorstandes angenähert haben. In den Reden im Landtag vermeiden sie sogar schon alles, was Anlaß zu erzeugen in der Lage ist. Wesentlicher aber ist die Tatsache ihres Kampfes gegen die Ruhlandsdelegierten und die Drohungen gegen den Sozialistischen Studentendeband, der in Verfolg der Politik des Parteivorstandes der SPD zerfallen wurde. Jetzt wurde uns bekannt, daß der Parteivorstand der SPD Ostachsen einen Antrag an den Parteivorstand gegeben, daß alle Ruhlandsdelegierten aus der Partei ausgeschlossen werden sollen. Die Verhältnisse zwingen diese sächsischen Führer, sich sehr schnell zu entschließen.

Je schärfer die Auseinandersetzungen der Arbeiterschaft mit den Kapitalisten werden, je mehr die Klassenkämpfe sich zuspitzen, um so mehr bemühen sich die sozialdemokratischen Führer, in Partei und Gewerkschaft, jeden ernstlichen Kampf zu vermeiden, und — um so mehr rücken die sächsischen sozialdemokratischen Führer an den Parteivorstand heran. Nun hat vor kurzem Herr Oskar Edel, neben Arzt einer der wortwärtigsten Redner der sächsischen SPD, vor den Funktionären dieser Partei einen Vortrag über „Kommunistische Parolenpolitik oder sozialdemokratischer Klassenkampf“ gehalten. Ein sehr reichhaltiges Thema! Der Parteivorstand der SPD Ostachsen hielt diesen Vortrag für so wichtig, daß er ihn drucken und an die Mitglieder der SPD verteilen ließ. Wer aber erwartet hätte, in diesem Vortrag eine grundsätzliche und ernsthafte Stellungnahme zu der Politik der KPD und SPD zu finden, der dürfte sehr enttäuscht sein. Man findet in dem 15 Seiten umfassenden Heft nichts als Redensarten, oberflächlichen Abwehrkampf gegen die KPD, gewürzt mit einigen verwirrenden radikalen Phrasen. Die Durchsicht dieses Broschürens zeigt, welchem Zweck es dient: der Abwehr der Radikalisierung der sozialdemokratischen Arbeiter, dem Kampf gegen die wachsende Erkenntnis in den Reihen der SPD, daß die kommunistische Politik eine tatsächliche Politik des Klassenkampfes ist. Oskar Edel springt ein als Schutzwort gegen die Klassenkämpfe.